



6,4

Millionen Österreicher – exakt 6.401.304 – sind am 15. Oktober wahlberechtigt. Das sind geringfügig mehr als bei der letzten Nationalratswahl 2013 (6.384.331 Menschen).



Was die Parteien für die Wirtschaft planen

Noch zwei Wochen bis zur Wahl: Wir haben Experten gebeten, die Programme der aktuell im Parlament vertretenen Parteien zu analysieren.

Der Countdown läuft, nur mehr 16 Tage bis zur Nationalratswahl – und offenbar steht Österreich an diesem 15. Oktober vor einer Richtungsentscheidung. In den vergangenen Jahren hat die Alpenrepublik im internationalen

Wettbewerb nämlich einiges an Boden verloren. Denn auch wenn die Konjunkturfeile zuletzt wieder nach oben zeigten, hinken wir anderen Ländern in Europa und weltweit deutlich hinterher. Während etwa Deutschland mit

guten Konjunkturdaten jüngst den höchsten Budgetüberschuss seit der Wiedervereinigung erwirtschaftete, kämpft Österreich weiterhin mit einem strukturellen Defizit. Daher fordert WKO-Steiermark-Präsident Josef Herk

von der nächsten Regierung, dringend nötige Reformen endlich anzugehen. „Wir müssen unser Land zukunftsfit gestalten. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die es der Wirtschaft ermöglichen, die anziehende

Konjunktur in noch mehr Arbeitsplätze umzuwandeln.“ Besonders hemmend seien dabei die hohen Lohnnebenkosten. Außerdem fordert Herk eine rasche Umsetzung von flexibleren Arbeitszeiten. „In Zeiten der fortschreitenden Digi-

talisierung müssen wir unseren Betrieben helfen, international konkurrenzfähig zu bleiben. Wir können nicht weiterhin so tun, als ob wir das gallische Dorf der Globalisierung sind. So etwas gibt es einfach nicht“, sagt Herk.

Die „Steirische Wirtschaft“ hat gemeinsam mit dem Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung analysiert, welche zentralen Vorhaben die (bereits im Parlament vertretenen) Parteien für die Wirtschaft haben – siehe unten. ■

WAHLCHECK	SPÖ	ÖVP – Liste Kurz	FPÖ	Grüne	Neos
Wirtschaft	Anhebung der Forschungsprämie; Einführung von Gruppenklagen; Rückzahlung von F&E-Förderungen im Erfolgsfall; Anhebung der Frauenquote in Leitungsfunktion auch in der Wirtschaft; keine Ratifizierung der Außenhandelsabkommen CETA und TTIP	Bürokratieabbau (Informations- u. Meldepflichten, Kumulationsprinzip etc.); mehr Rechtssicherheit für Unternehmen; keine Mindesteinlagen bei GmbH; Gewerberechtsreform; One-Stop-Shops für Unternehmensgründung und Betriebsanlagen; bessere Rahmenbedingungen für Betriebsansiedelungen	Ausweitung der Genehmigungsfreistellungsverordnung; freie Gewerbeordnung; Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern	Unterstützung von Initiativen im Bereich Gemeinwohlokonomie; Entrümpelung Gewerbeordnung: weitgehende Freigabe handwerklicher Tätigkeiten; Bürokratisierung und Überregulierung vermeiden; System der Mehrfachmitgliedschaften in der Wirtschaftskammer reduzieren	Weniger reglementierte Gewerbe; Abschaffung der Pflichtmitgliedschaften bei den Kammern; Ladenschluss-Bestimmungen aufheben; One-Stop-Shop für alle Genehmigungen und Förderungen
Steuern und Abgaben	Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer (ab einer Million Euro) zur Sicherung der Pflegefinanzierung; Senkung der Lohnnebenkosten; sozial gestaffelter Ausgleich der kalten Progression; Einführung der degressiven Abschreibung (AfA in fallenden Jahresbeträgen)	Grundsatz „keine neuen Steuern“; Abgabenquote und Lohnnebenkosten senken; keine neuen Vermögens- oder Erbschaftssteuern; Abschaffung der kalten Progression und Mindest-KöSt; Flexibilisierung der Abschreibungspraxis; keine KöSt auf nicht entnommene Gewinne; Dienstgeberbeitrag zum FLAF halbieren	Senkung Abgabenbelastung und Arbeitszusatzkosten; Reduktion der KöSt auf nicht entnommene Gewinne; Einführung einer degressiven Abschreibung; Abschaffung der kalten Progression und von Bagatellsteuern	Einführung von Erbschafts- und Schenkungssteuer mit Ausnahmen bei der Betriebsübergabe; Ökologisierung des Steuersystems & CO2-Mindestpreis; Abschaffung der kalten Progression unter Berücksichtigung von Verteilungseffekten	Einfacheres und verständlicheres Abgabensystem; Senkung der Lohnnebenkosten, Entschärfung der kalten Progression; Mindestkörperschaftssteuer abschaffen; Grundsteuer erhöhen; Besteuerung von Erträgen, nicht von Substanz
Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt	Zwölf-Stunden-Tag bei Gleitzeit, als Ausgleich längere Freizeitblöcke; 1.500-Euro-Mindestlohn steuerfrei; Erhöhung Mehrarbeitszuschlag von 25% auf 50%; Beschäftigungsgarantie für alle über 50; All-in-Vereinbarungen nur mehr ab 5.000 Euro Bruttolohn; höhere Lehrlingsentschädigung	Reduktion der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für geringe Einkommen ausweiten; Arbeitnehmerschutz neu: „Beraten statt strafen“; Gleichstellung Arbeiter und Angestellte	Verwendung des AMS-Budgets vorrangig für die Weiterqualifizierung österreichischer Arbeitsloser; sektorale Schließung des österreichischen Arbeitsmarktes für EU-Ausländer und Drittstaatsangehörige	Gesetzliche Verankerung eines Mindestlohns in der Höhe von 1.750 Euro; Arbeitszeit schrittweise verkürzen; Beschäftigungsoffensive für Menschen mit Behinderungen; Ausbau von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer im Rahmen der Arbeitsverfassung	Arbeitszeitvereinbarungen auf Betriebs-ebene ermöglichen; Richtliniencharakter mit Mindestvorgaben bei KV; einheitlicher Kündigungsschutz ohne Privilegien; Zugang qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte erleichtern; AMS: keine Massenschulungen und Alibi-Kurse
Infrastruktur, Verkehr und Digitalisierung	Breibandausbau im ländlichen Raum; 100 Millionen Euro für thermische Sanierung; Digitalisierungskompetenzen ab dem Kindergartenalter fördern	Vollständige Digitalisierung der zehn wichtigsten Behördenwege; Einführung eines Bürgerkontos (alle behördlichen Online-Profile auf einen Blick); signifikante Verkürzung von Verfahren bei großen Infrastrukturprojekten; Erhöhung der Forschungsquote; flächendeckend schnelles Internet: „5G-Pilotland“	Ausbau von Breitbandinternet; Garantie für die erlaubte Nutzung von Diesel-Kfz bis 2050; Einführung eines Österreich-Tickets für alle öffentlichen Verkehrsverbindungen	Thermische Sanierungen und Umstieg auf erneuerbare Energie in Gebäuden; Baubeschränkungen für den Handel am Ortsrand, um Stadtkerne zu stärken; Ausbau von Breitbandinternet am Land; Förderung und Ausbau von nachhaltigen Mobilitätskonzepten; Österreich fit für den digitalen Wandel machen	Umwstellung auf kilometerabhängige Autobahn-Maut; Zweckbindung von Mineralölsteuer und Energieabgabe für Investitionen im Nahverkehrs- und Energieeffizienzbereich; Umwidmungsabgabe bei Errichtung von Einkaufszentren außerhalb von Wohngebieten; Entschärfung der Bauvorschriften
Bildung	Gesamtschule für die 10- bis 14-Jährigen; Ausbau und Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft & Technik); FH-Zugang mit Lehrabschluss; zusätzlich 5.000 Lehrer	Differenziertes Schulsystem; mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem; mehr MINT-Absolventen; Ausbau von Informatik-HTMLs; Deutschklassen für Kinder mit zu geringem Sprachniveau; Förderung bzw. Unterstützung von Lehrlingen bei Mobilität und Internatskosten	Beibehaltung und Verbesserung des bewährten differenzierten Schulsystems; ausreichende Kenntnis der Unterrichtssprache vor Schuleintritt	Ausbau ganztägiger Schulformen; Einführung der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen; Lehrlingscoachings und modernisierte Berufsschule; Reform der Mindestlehrhängeschädigung	Ausbildung junger Menschen in technikrelevanten Fächern stärken; volle Personal- und Budgetautonomie für Kindergärten, Schulen und Hochschulen; Beseitigung der Zweiteilung in Bundes- und Landeslehrer; Mittlere Reife und Ganztagschule; Lehre und Berufsschule fördern; Berufsakademien neu entwickeln